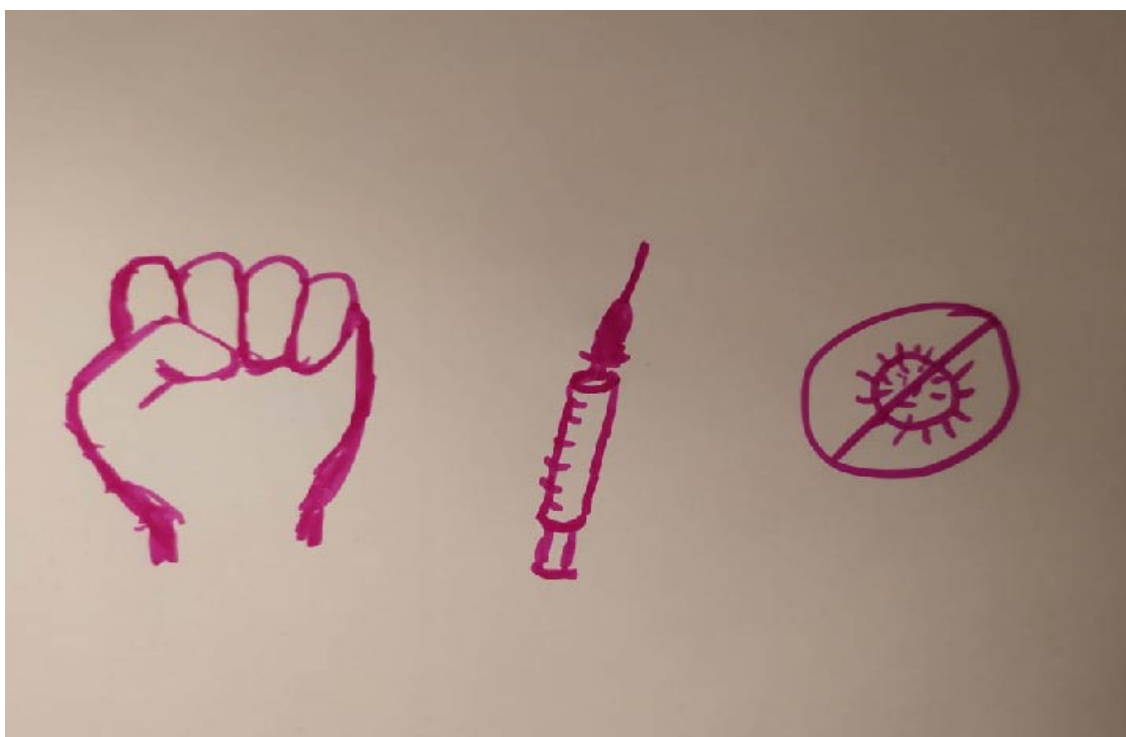


Pharmaindustrie in öffentliches Eigentum - Wirtschaft demokratisch planen!

**Schluss mit dem Chaos Kapitalismus -
Jobs und Gesundheit statt Profite!**

Bildrechte: Sozialistische Offensive



- Demokratische Kontrolle über Schutzmaßnahmen und Lockerungen durch die Beschäftigten in den Betrieben, die Gesellschaft, Wissenschaftler/innen und Gewerkschaften - Menschen schützen, nicht Profite!
- Keine Einsparungen bei der Gesundheit – für ein Investitionspaket im Gesundheitssektor!
- Gesundheit raus aus privater Hand! Keine Profite mit dem Coronavirus!
- Sichere Impfstoffe und Medikamente weltweit allen kostenlos zur Verfügung stellen!
- Dazu Pharmaindustrie und Produktion medizinischer Produkte enteignen und in öffentliches Eigentum überführen - Produktion, Entwicklung und Verteilung von Impfstoffen und Medikamenten international koordinieren und planen!
- Recht auf Verweigerung der Arbeit in riskanten Situationen!
- Kündigungsschutz und volle Entgeltfortzahlung bei coronabedingter Freistellung von Risikogruppen und Eltern mit Betreuungspflichten! Gleichzeitig Kampf um jeden Arbeitsplatz!
- Entscheidung über Home Office muss bei Arbeitnehmer/innen liegen - Regelungen dürfen nicht zu ihren Lasten gehen!

Sozialistische Offensive

Pandemiebekämpfung: Zum Wohl der gesamten Gesellschaft demokratisch planen!

Wenn der Kapitalismus mit einem Virus wie Corona nicht fertig wird – dann können wir uns den Kapitalismus nicht leisten!

Von Laura Rafetseder, Sozialistische Offensive

Die Coronapandemie ist eine bisher in der Nachkriegszeit nie dagewesene Situation. Der Virus hat die Zerbrechlichkeit und den profitorientierten Charakter des Kapitalismus offen gelegt und alle schon vorhandenen Widersprüche verschärft.

Unmut wächst

Je länger die Pandemie andauert, desto mehr wächst der Unmut über die Regierung und das Hinterfragen ihrer Maßnahmen – der sich auch im Anwachsen der Coronaproteste und Zulauf für die Coronaleugner äußert. Dieser Unmut, die Angst um demokratische Rechte und die Skepsis gegenüber der Pharmaindustrie werden von der extremen Rechten bewusst in eine ihr genehme Richtung gelenkt. Auch die Sehnsucht der Menschen nach Normalität wächst, der berechtigte Wunsch der Jugend, endlich wieder feiern zu können. Gleichzeitig haben viele Menschen zu Recht Angst an Corona zu erkranken – vor allem mit den neuen Virusmutationen. Vielen die im Frühjahr Homeoffice machen konnten wird dies nun durch die Arbeitgeber verwehrt. Arbeitnehmer/innen müssen selbst entscheiden können ob sie Homeoffice wahrnehmen wollen um sich zu schützen – und Homeoffice-Regelungen dürfen nicht zu ihrem Nachteil sein!

Krise bedroht Wohnen

Von David Kurz, Sozialistische Offensive

Die wirtschaftliche Krise in der wir uns aktuell befinden ist ein Desaster für viele Menschen, die von ihrem Lohn, Pension oder Arbeitslosengeld abhängig sind – aber auch jene die selbständig sind und nun um ihr Einkommen umfallen. Zehntausende sind in Kurzarbeit, zehntausende verlieren ihren Job. Besonders dramatisch ist das in Bezug auf das Wohnen – viele Fragen sich wie sie nun die Miete zahlen sollen. Gleichzeitig werden die Mieten in der Krise weiter steigen. Aufgrund der Krise sind Immobilien noch scheinbar sichere Anlagen – was die Immobilienpreise weiter in die Höhe treibt. Die Stadt Wien hat zwar wieder begonnen Gemeindewohnungen zu bauen, aber nicht in genügendem Ausmaß um die Mietsteigerungen zu stoppen. Seit 2010 sind die Mieten um 42% gestiegen. Die Reallöhne dagegen stagnierten im besten Fall. Die Grundstückspreise haben sich in Wien seit 2005 verdrei- und vervierfacht.

Ja, wir befinden uns in einer völlig neuen Situation, aber das ungeplante und unkoordinierte Vorgehen der kapitalistischen Regierungen international zeigt wie ungeeignet der Kapitalismus ist, mit einer Pandemie umzugehen, die ein geordnetes und geplantes Vorgehen erfordert, dass das Wohl der gesamten Gesellschaft in den Vordergrund stellt und nicht kurzfristiges Profitdenken. Besonders jetzt wo die Impfung zum Greifen nahe ist, zeigt sich wie ungeeignet die Organisation der Gesellschaft nach Privatbesitz an Produktionsmitteln ist. Impfungen werden „dezentral“ vorgenommen statt sie zentral zu planen und zu koordinieren wie die Massentests, die zwar gut gemeint waren, aber nicht an die Bedürfnisse der Menschen angepasst waren. Gleichzeitig wurden die Skilifte geöffnet während viele Menschen versuchen durch Kontaktbeschränkungen Ansteckungen zu verhindern. it einer zentralisiert organisierten Impfung unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und der Gewerkschaften könnten die Ressourcen besser genutzt und Missbrauch verhindert werden. Gleichzeitig muss das Gesundheitssystem massiv ausgebaut werden – und alle Einsparungen der letzten Jahre zurückgenommen.

Pharmaindustrie enteignen

Kurz betont, die Impfung ist der „Gamechanger“ – das stimmt zwar, auch da die Kosten im Vergleich zu den Kosten des Lockdowns und der Behandlung von an Corona erkrankten gering sind. Allerdings wird das nur funktionieren, wenn die Menschen auch Vertrauen in die Impfstoffe haben – und dieses Vertrauen ist aufgrund der Profitorientiertheit der Pharmaindustrie und des Mismanagements der Regierung kaum noch vorhanden (u.a. auch im

Pflegepersonal das in dieser Krise besonders belastet war). Im Moment sind über 150 Impfstoffe in Entwicklung, von verschiedensten Pharmafirmen die mit den verschiedenen kapitalistischen Regierungen zusammenarbeiten und von diesen finanziert werden. Die Profite für einen eventuellen Impfstoff gehen dann aber an die privaten Konzerne. Was nötig ist, ist dass die privaten Pharmakonzerne enteignet werden und in öffentliches Eigentum überführt werden, und zwar so, dass eine internationale Koordinierung und Planung der Entwicklung und Verteilung von Impfstoffen möglich ist und der sicherste, wirksamste und verträglichste ausgewählt und produziert wird und dann eine kostenlose Verteilung an alle organisiert werden kann. Im Kapitalismus ist dies nur sehr beschränkt möglich und es wird zu allerlei Komplikationen dabei kommen.

Sozialistische Antworten

Die Coronakrise ist eine Systemkrise. Nicht nur, weil sie die – ohnehin kriselnde – Weltwirtschaft gerade in den Abgrund reißt, sondern schon weil die Verbreitung solcher Pandemien ihre tiefere Ursache in der Profitmaximierung des Kapitalismus hat. Solange private Konzerne das Sagen haben, wird sich das nicht ändern. Nur wenn der kapitalistische Konkurrenzkampf durch demokratische Planung und Kooperation einer sozialistischen Gesellschaft ersetzt wird, nur wenn statt einiger weniger Privateigentümer/innen und Großaktionär/innen, die arbeitende Bevölkerung selbst über Produktion, Forschung etc. entscheiden kann, werden diese Gefahren für die Menschen eliminiert werden können. Deshalb muss der Kampf gegen die Corona-Krise mit dem Kampf gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Demokratie verbunden werden.

Sozialistische Gesellschaft nötig

Während in den 20ern in Wien große Verbesserungen für die Arbeiter/innenklasse in Bezug auf Wohnen umgesetzt wurden, wurden der Kapitalismus und seine wiederholten Krisen – und damit Immobilienblasen – nicht angetastet. Der Kampf für den Bau von Gemeindewohnungen im großen Maßstab ist auch heute nötig – und müsste verbunden werden mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft. Gleichzeitig müssen die großen Immobilienfirmen (es geht hier nicht um die Eigentumswohnungen einzelner) in die öffentliche Hand übernommen werden damit wir wieder selbst über unsere Städte regieren können. Eine Vergabepolitik, die demokratischer Kontrolle durch die Betroffenen, Mieter/inneninitiativen, den Gewerkschaften etc unterworfen ist, könnte dann von einer bürokratischen Mangelverwaltung tatsächlich dazu übergehen, dass jeder der eine Wohnung benötigt eine solche auch bekommt, zu leistbaren Preisen und in guter Qualität.

Für leistbaren Wohnraum kämpfen!

Es ist offensichtlich dass sich diese Entwicklung nicht daran orientiert was Arbeitnehmer/innen, Jugendliche, Arbeitslose und Pensionist/innen brauchen. 70% der Menschen leben in Wien in einer Mietwohnung – ihre Bedürfnisse sollten im Vordergrund stehen. Leistbarer Wohnraum war stets eine Forderung der Arbeiter/innenbewegung – die Wohnbaupolitik des Roten Wiens in den 20er Jahren war eine Reaktion auf die desaströse Wohnsituation der Arbeiter/innen und Armen in Wien davor. Gleichzeitig hatte es nach dem ersten Weltkrieg – und infolge der russischen Revolution – eine revolutionäre Situation in der der Kapitalismus auf der Kippe stand gegeben. Es entstand eine Rätebewegung die unter anderem auch die Frage von Wohnraum thematisierte. Dass der Kapitalismus nicht abgeschafft wurde, lag daran, dass die Führung der Sozialdemokratie diesen rettete, indem sie die Rätebewegung von 1918/19 in parlamentarische Bahnen lenkte und sich auf Kommunalpolitik in Wien zurückzog.

Sozialistische Offensive

Wer wir sind

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers' International“, www.socialistworld.net) . Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien.

Kapitalismus bedeutet wiederkehrende Krisen, ungewisse Zukunft, Senkung des Lebensstandards, Unterdrückung, Krieg, Klimakatastrophe und Diskriminierung. Der Kapitalismus kann nicht zu einer sozial sicheren und gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus bedeutet, dass Banken und Konzerne in Gemeineigentum sind und die Gesellschaft demokratisch durch die Beschäftigten kontrolliert und verwaltet wird. Eine solche Gesellschaft würde ermöglichen, dass ihre Ressourcen im Sinne der Bedürfnisse der Mehrheit demokratisch geplant werden, nicht für die Profite einer Minderheit und zwar auf eine nachhaltige Art und Weise die den Planeten nicht zerstört. Das hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen zu tun, die in der Sowjetunion oder dem Ostblock existierten – aber auch nichts mit dem „Sozialismus“ für den die prokapitalistische sozialdemokratische Führung steht. Solch eine Gesellschaft muss durch Bewegungen der Arbeiter/innenklasse erkämpft werden.

Aktuelle Artikel zu internationalen Entwicklungen und Fragen: www.sozialistischeoffensive.home.blog www.socialistworld.net

UG-Novelle: Nein zu mehr Leistungsdruck!

-Bildung und Wissenschaft für das Wohl aller statt Forschung für Profite!

-Studierende und Arbeitende gemeinsam – für eine sozialistische Gesellschaft!

Nachdem 2002 die Basis für die Ausrichtung der Unis auf kapitalistische Profitlogik gesetzt wurde, soll mit der UG Novelle der Leistungsdruck weiter erhöht werden – Studierende sollen nun 25 ECTS (European Credit Transfer System- ein EU-weites Leistungspunktesystem) in den ersten beiden Jahren erbringen. Und das inmitten der tiefsten Pandemie und Krise der letzten Jahrzehnte, wo Studierende mit Distance Learning und prekärer finanzieller Situation zu kämpfen haben. Für arbeitende Studierende wird ein Studium immer schwerer gemacht, viele laufen Gefahr das Studium abbrechen zu müssen. Die Zukunftsperspektiven für junge Menschen werden angesichts dieser Krise immer düsterer. Der Kapitalismus hat uns nichts mehr zu bieten!

„LINKS Wien“: Wie weiter?

Bei den Wiener Wahlen hat die Initiative „LINKS“ mit fast 20.000 Stimmen auf Bezirksebene und 15.000 Stimmen auf Gemeindeebene einen Achtungserfolg erzielt. LINKS hat nun 23 Bezirksrät/innen. Das ist eine große Verantwortung für die junge Initiative – sie müssen zeigen dass sie nicht wie die etablierten Parteien sind.

Keine Privilegien

Gewählte Vertreter/innen von LINKS sollten keine Privilegien erhalten, das Geld sollte in politische Arbeit fließen. Sie sollten sich gleichzeitig durch Rechenschaftspflicht und jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit der demokratischen Kontrolle durch die Aktivist/innen von Links stellen. Die Tatsache dass Links nun einiges an Förderung bekommt ist auch ein Test wie mit dem Geld umgegangen wird. Wenn Links sich von diesem Geld abhängig macht, kann ein opportunistischer Druck entstehen bei Wahlen inhaltliche Abstriche zu machen um aus karrieristischen Gründen wiedergewählt zu werden. Es wäre ein Fehler, wenn Links sich nun auf Lokalpolitik und die Wahlebene beschränken würde. Die Mandate von Links sollten genutzt werden um die Bewegung weiteraufzubauen – eine Bewegung die Antworten auf die wirtschaftliche Krise gibt. Links hat im Wahlkampf begonnen diese Fragen aufzugreifen, mit Aktionen gegen Kündigungen

Proteste ausweiten - Bevölkerung einbeziehen

2009 gab es eine große Bewegung gegen die Auswirkungen des UG 2002 – die Lehren daraus sind u.a. dass es nicht reicht nur die Universitäten zu besetzen. Um wirklich Erfolge erzielen zu können müssen die Proteste auf die arbeitende Bevölkerung ausgedehnt werden. Denn diese haben allen Grund haben sich aufgrund der wirtschaftlichen und Coronakrise zu wehren und ein Interesse daran, dass die Unis nicht noch mehr auf Profite ausgerichtet werden – und sie haben potentiell wirtschaftliche Macht. Bildung und Wissenschaft sollte auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Gesellschaft ausgerichtet werden – gerade jetzt in Bezug auf Corona wird das sehr deutlich. Nicht private Konzerne sollten entscheiden was geforscht wird! Die Studierenden und Aktivist/innen sollten daher ihre Forderungen in die Bevölkerung hineintragen um deren Unterstützung zu gewinnen, sich an Schüler/innen und Lehrende, aber auch Arbeitnehmer/innen, Arbeitslose, Pensionist/innen richten, z.B. durch Flugblattaktionen an öffentlichen Plätzen.

„LINKS Wien“: Wie weiter?

etc. – die Herausforderung wird sein, sich in die Abwehrkämpfe gegen Betriebsschließungen und Personalabbau, auch außerhalb von Wien, einzuklinken. Links hat sich bereits in verschiedene Bewegungen eingeklinkt, auch darauf muss aufgebaut werden, mit dem Ziel dass sowohl diese Bewegungen Erfolge erzielen wie auch die Basis für eine neue Arbeiter/innenpartei gelegt wird.

Kämpfe und Gewerkschaften

Eine solche neue Kraft muss Teil von Kämpfen sein bzw. sie initiieren. Sie muss ein Programm entwickeln das Antworten gibt auf die Auswirkungen der Krise wie Betriebsschließungen, Kürzungen und Personalabbau und zwar über Wien hinaus. Sie muss gegen jede Form der Kürzungspolitik stehen und für konkrete Verbesserungen im Leben von Arbeitnehmer/innen mobilisieren – in den Betrieben und Nachbarschaften. Sie muss gegen Angriffe durch die Regierung mobilisieren. LINKS muss Druck auf die ÖGB-Führung ausüben, damit diese die vereinzelten Kämpfe zusammenführt. Sie muss Gewerkschaftsaktivist/innen miteinschließen bzw. könnte einen wichtigen Beitrag für den Aufbau einer Gewerkschaftsopposition leisten, indem sie Aktivist/innen zusammenbringt – für die Umwandlung der Gewerkschaften in demokratische und kämpferische Organe. Sie

kerung hineintragen um deren Unterstützung zu gewinnen, sich an Schüler/innen und Lehrende, aber auch Arbeitnehmer/innen, Arbeitslose, Pensionist/innen richten, z.B. durch Flugblattaktionen an öffentlichen Plätzen.

Studieren ohne Sorgen

Gleichzeitig sollten Studierende ohne Hindernisse studieren können – wir müssen den freien Hochschulzugang verteidigen und für eine Gesellschaft kämpfen, in der Studierende sich nicht mit Hungerlöhnen über Wasser halten müssen. In einer sozialistischen Gesellschaft könnten all diese Dinge vereint werden – freier Hochschulzugang für alle, studieren ohne Sorgen und Freiheit der Wissenschaft im Dienste der Bedürfnisse der Menschen. Dafür müssen wir eine Bewegung aufbauen, die tatsächlich mit dem Kapitalismus brechen kann.

muss versuchen Jugendliche, die in Bewegungen gegen den Klimawandel, gegen Sexismus und gegen Rassismus auf die Straße gegangen sind, einzubinden, um eine breite Bewegung für sozialistische Gesellschaftsveränderung aufzubauen. Sie muss Raum geben für inhaltliche Debatten darüber, welches Programm nötig ist.

Welches Programm?

„Sozialistische Offensive“ würde in einem solchen Projekt für ein sozialistisches Programm argumentieren. Wir würden das nicht als Ultimatum stellen hinsichtlich unserer Teilnahme. Wir würden aber argumentieren, dass nur mit einem sozialistischen Programm konsequent Widerstand gegen die Symptome der Krise geleistet und dauerhafte Verbesserungen für Arbeitnehmer/innen erreicht werden können. Das Beispiel Syriza zeigt, dass ohne Bereitschaft mit dem Kapitalismus zu brechen eine Regierung klein beigegeben wird. Forderungen nach ernsthaften Verbesserungen lassen sich nur umsetzen, wenn weite Teile der Wirtschaft in Gemeinbesitz übernommen werden und nach den Bedürfnissen der Menschen geplant werden, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.

Personalabbau, Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit: Gewerkschaft muss kämpfen!

Alles ist anders.

Wir stehen vor der größten wirtschaftlichen Krise seit Ende des zweiten Weltkrieges. Diese Krise wurde zwar durch die Corona-Pandemie verschärft, ihre Ursache liegt aber in der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Schon im letzten Jahr hatte sich eine weltweite Rezession abgezeichnet. Erst 2023 rechnet die RBI dass die Wirtschaftsleistung auf Vorkrisenniveau zurückkehrt.

Arbeitslosigkeit und Kürzungen

Es ist wahrscheinlich, dass viele Entlassungen bevorstehen und die Arbeitslosenzahlen weiter steigen werden. Die Coronakrise wird bereits von vielen Betrieben für Personalabbau genutzt (z.B. Swarovski, voestalpine, Mediamarkt). Wenn Hilfen auslaufen kann es zu Betriebsschließungen kommen. Die Regierung wird sich früher oder später das Geld für die Rettungspakete von den Beschäftigten zurückholen. Die Bestellung von Kocher als dezidiertem Neoliberalen war eine bewusste Entscheidung von Kurz. Im Gesundheitsbereich sind zwar im Moment Einschnitte unpopulär, die Gesundheitskasse hat aber aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und fehlender Beiträge weniger Mittel zur Verfügung. In der Debatte um ein höheres Arbeitslosengeld besteht die Gefahr dass es bei länger dauernder Arbeitslosigkeit mit der Zeit auf einen geringeren Prozentsatz abgesenkt wird. Während Milliarden in die Wirtschaft gepumpt werden, bleibt es für die Masse der Beschäftigten bei leeren Worten. Das zeigt, wer aus Sicht der Regierung für diese Krise zahlen soll: Während Unternehmen massive Unterstützung bekommen, wird bei den Beschäftigten der Rotstift angesetzt.

Gewerkschaftliche Gegenwehr

In dieser Situation ist gewerkschaftliche Gegenwehr so wichtig wie nie zuvor. Leider sehen wir weiterhin eine völlig falsche Ausrichtung durch die Gewerkschaftsführung. Hier muss es einen radikalen Wandel geben. Es gibt Anzeichen dass es Bereitschaft zu Widerstand gegen Betriebschließungen und Jobabbau gibt, besonders bei Betrieben in Regionen die von einem Arbeitgeber abhängen - bei ATB Spielberg z.B. gab es eine Demonstration und eine Streikfreigabe, der Betriebsrat sprach sogar von Besetzung des Betriebes gegen Abtransport der Maschinen. Bei MAN gab es einen Warnstreik. Aber auch bei jenen, deren Jobs gesichert scheinen, gibt es Anzeichen für Offensivkämpfe: Beim

AMS gab es eine Streikdrohung für mehr Personal und für eine Coronaprämie.

Verzicht ist keine Lösung

Der jahrelange Verzicht hat nicht zu mehr Arbeitsplatzsicherheit geführt. Auch der Vorschlag der SPÖ und der Gewerkschaftsführung für ein „90 für 80“ Modell ist in Wahrheit Lohnverzicht - nötig wäre eine konsequente Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich. Im Sozial-KV wurde zwar eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn beschlossen (von 38 auf 37 Stunden), aber durch den 3-Jahresabschluss nimmt man sich gerade in diesen systemrelevanten Berufen die Chance durch Mobilisierungen in den nächsten beiden Jahren weitergehende Forderungen zu erkämpfen.

Sozialpartnerschaft führt zu Kürzungen

Die Gewerkschaften müssen jetzt breit informieren und diskutieren wie gegen die Personalabbau, Betriebsschließungen und Kürzungen mobilisiert werden kann. Dabei müssen die Interessen der Kolleg/innen maßgeblich sein und nicht die der Konzerne. Das lässt sich nur erreichen, wenn die Politik der Sozialpartnerschaft beendet wird. Sozialpartnerschaft bedeutet die Logik des Kapitalismus zu akzeptieren. Mit dieser müssen wir brechen. Innerhalb des Kapitalismus ist es nicht möglich, einen Ausweg aus dieser Krise zu finden. Wenn Produkte nicht mehr auf dem Weltmarkt verkauft werden können, ist die logische Folge im Kapitalismus, dass weniger produziert wird - um möglichst profitabel zu sein und nicht von der Konkurrenz aufgefressen zu werden - und das bedeutet Abbau von Stellen bis hin zu Entlassungen und Betriebsschließungen.

Eigentumsfrage

Daher ist es nötig, die Eigentumsfrage zu stellen, um Arbeitsplätze zu erhalten. Es reicht nicht aus, Betriebe vorübergehend zu verstaatlichen, um sie dann wieder zu privatisieren, wenn die Krise vorüber ist. Sozialisierung von Verlusten und Privatisierung von Gewinnen ist abzulehnen. Stattdessen muss die Forderung von Überführung der Schlüsselunternehmen in Gemeineigentum wieder in die Zielsetzungen der Gewerkschaften übergehen. Denn nur auf der Grundlage von Gemeineigentum an den Produktionsmitteln ist es möglich eine Produktion zu entwickeln, die orientiert ist am Bedarf, demokratisch geplant

und verwaltet durch die arbeitende Bevölkerung, ausgerichtet auf das Wohl von Mensch und Umwelt. Dadurch ist es möglich, aus der Falle der Mitgestaltung von Sparpolitik heraus zu kommen. Die Aufgabe der Gewerkschaften muss sein, die Lebensgrundlage der Beschäftigten mit allen Mitteln zu verteidigen.

Streiks und Betriebsbesetzungen

Es braucht ein Konzept für die Verteidigung der Arbeitsplätze, inklusive der Forderung nach Enteignung der Bosse, Überführung in Gemeineigentum und gegebenenfalls Konversion der Produktion unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch Belegschaften und Gesellschaft. Dafür müssen die Gewerkschaften mobilisieren, für Streiks und für die Besetzung von Betrieben, um den Abtransport von Maschinen und Produktionsanlagen zu verhindern. Wenn ein Betrieb geschlossen werden soll, ist die Mobilisierung von Solidarität aus anderen Betrieben und Branchen nötig. Es sollten Solidaritätskomitees geschaffen werden, damit die Kolleg/innen sehen, dass sie nicht allein sind. Eine bundesweite Demonstration der Gewerkschaften sollte als erster Schritt schon jetzt im Herbst geplant werden - unter Wahrung der Sicherheit der Demonstrierenden, mit Abstand und Maske. Das gemeinsame Motto sollte lauten: Wir zahlen nicht für diese Krise. Dafür braucht es einen Kurswechsel in den Gewerkschaften. Es ist nötig sich zu einer Opposition in den Gewerkschaften zusammenzuschließen - mit folgenden Forderungen:

-Lebensstandards verteidigen!

-Wir zahlen nicht für diese Krise - die Reichen sollen zahlen!

-Nein zu Personalabbau und Betriebsschließungen - Kampf um jeden Arbeitsplatz!

-Nein zu Lohnverzicht!

-Verteilung der Arbeit auf alle statt Massenarbeitslosigkeit: 30h-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

-Milliarden für Gesundheit, Bildung, Soziales statt für die Kapitalist/innen!

-Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft, Entschädigung nur für Kleinaktionäre!

-Eine demokratisch nach den Bedürfnissen der Beschäftigten und der Gesellschaft geplante Wirtschaft, Umstellung der Produktion durch diese!

-Bruch mit dem Kapitalismus und eine sozialistische Gesellschaft damit die Arbeiter/innenklasse für diese Krise nicht bezahlen muss!

Du willst aktiv werden? Jetzt mitmachen!